Donnerstag, 08. Mai 2025, 16:00 Uhr
~16 Minuten Lesezeit

Das trojanische Pferd

Der Pandemievertrag der WHO dient als globales Machtinstrument. Teil 2 von 3.

von Franz Meier
Foto: IB Photography/Shutterstock.com

Wie einst die Trojaner das hölzerne Pferd der Griechen in ihre Stadt zogen, übernehmen heute Staaten kritiklos die Vorgaben einer Weltgesundheitsorganisation. Die orientiert sich längst

nicht mehr an den Interessen der Bevölkerung, sondern an jenen milliardenschweren Stiftungen, von denen sie finanziert wird. Ganz im Bild der griechischen Mythen, versuchen mediale Sirenengesänge den Menschen schmackhaft zu machen, was ihnen letztlich zum eigenen Nachteil gereicht. Warnungen vor dieser Entwicklung werden, wie einst die Rufe der Kassandra, geflissentlich ignoriert.

Pandemievertrag als globales Machtinstrument

Es geht es um nichts anderes als die Vollendung eines globalen, totalitären Systems, in welchem der sogenannte Pandemievertrag als elementarer Baustein im totalitären Mosaik etabliert werden soll. Die interessengeleiteten, einseitig berichtenden Medien spielen eine wichtige Rolle in diesem Vorhaben, weil kritische Berichte über den zynischen Plan in den Mainstream-Medien gar nicht vorkommen, der Pandemievertrag kaum thematisiert wird und die Bürger über Inhalte und Vorhaben vollkommen im Dunkeln gelassen werden. Das Ziel: Dass der Pandemievertrag im öffentlichen Bewusstsein für eine gute Sache steht. Diese geplante „Gesundheitspolitik“ der WHO ist ein massiver Angriff auf unsere Gesundheit, auf unsere Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie.

Die WHO ist eine rechtlich selbstständige Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit derzeit 194 Mitgliedstaaten, mehr als 150 Länderbüros und über 8000 Beschäftigten. Deutschland ist seit 1948 Mitglied der WHO. Als internationale Organisation übt die WHO

keine originäre Hoheitsgewalt aus. Zum „Repertoire“ internationaler Organisationen gehören regelmäßig (nur) völkerrechtlich unverbindliche Rechtsakte, wie z.B. Empfehlungen oder Resolutionen. Diese werden gemeinhin als völkerrechtliches „soft law“ bezeichnet. Gemäß Artikel 23 der WHO-Satzung — dem Gründungsdokument der WHO — kann die WHO gegenüber ihren Mitgliedstaaten lediglich (unverbindliche) Empfehlungen aussprechen. Eine Besonderheit stellen dagegen die (völkerrechtlich verbindlichen) Internationalen Gesundheitsvorschriften dar, die auf der Grundlage von Art. 21 der WHO-Satzung verabschiedet und von den WHO-Mitgliedstaaten akzeptiert wurden.

Dabei steht den WHO-Mitgliedstaaten grundsätzlich eine „opting out“-Möglichkeit zu, von der in der Staatenpraxis allerdings bislang kein Gebrauch gemacht wurde. Die Internationalen Gesundheitsvorschriften sind als völkerrechtliches Sekundärrecht zwar gegenüber, nicht aber automatisch in den WHO-Mitgliedstaaten verbindlich. Sie sind — mit anderen Worten — nicht self-executing, d.h. sie müssen durch einen nationalen Rechtsakt „transformiert“ wurden, um im nationalen Rechtsraum Wirkung zu entfalten und den Einzelnen rechtlich zu verpflichten. (Punkt 2, Rechtsfragen zum Pandemievertrag, **Bundestag** (https://www.bundestag.de/resource/blob/977362/cf8227133f8b34eb88237d70b6fdb50b/WD-2-066-23-pdf-data.pdf).

Das Volk wird nicht über Vertragsdetails informiert, beispielsweise dass es mit den WHO-Verträgen seiner demokratischen Mitwirkungs- und Kontrollrechte beraubt werden soll, indem die Macht verdichtet und auf der Ebene einer supranationalen Institution zentralisiert wird. Zwar steht in den Rechtsfragen des Bundestags, dass Grundrechte nicht eingeschränkt werden, dies greift aber zu kurz, weil die WHO mit Machtkompetenzen ausgestattet werden soll.

Des Weiteren ist geplant, dass die WHO in Zukunft weltweit für

Pandemiefälle alleiniger Ansprechpartner ist und Pandemiefälle definiert. Sie bestimmt allein, was eine Pandemie ist, ruft eine Pandemie aus und verhängt für alle Mitgliedsstaaten gültige Maßnahmen. Damit werden die Bürger einem ständigen Kontrollmechanismus ausgesetzt, dem sich kein Mensch mehr entziehen kann, die WHO kontrolliert dann alle Bereiche unseres Lebens.

> ***Aus heutiger Sicht ist es unvorstellbar, dass ein aktueller Impfpass künftig Voraussetzung für sogenanntes freies Reisen sein soll oder um einen Supermarkt zu betreten, eine Tankstelle oder ein Theater oder Schwimmbad zu besuchen, kurzum, dass ein Impfpass die Zugangsberechtigung für sämtliche Aktivitäten ist, auch für den Arbeitsplatz.***

Norbert Häring hat recherchiert, dass eine Organisation die Kompetenzen zum Vorschreiben von Gesundheitspässen als Reisedokument bekommen soll, die sich ihre Richtlinien für einen digitalen Impfpass von der Gates-Stiftung und der **Rockefeller-Stiftung** (https://norberthaering.de/news/entschliessungsantrag-who/) **finanzieren lässt** (https://norberthaering.de/macht-kontrolle/gates-rockefeller-who/). Dieses Bestreben kommt einer schrankenlosen Willkür gleich. Eine selbsternannte Elite hat mit ihren Spenden eine global agierende Institution gekapert, um die Weltpolitik nach ihrem Gusto zu bestimmen. Es sind immer die gleichen üblichen Verdächtigen, die in diesem Zusammenhang auftauchen und sich auch noch als Philanthropen feiern lassen.

Der Internationale Pandemievertrag und die sogenannten „Änderungsvorschläge zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften“ sollen ohne öffentliche Debatte verabschiedet werden. Eine Aufklärung über den Inhalt der Verträge gibt es auch nicht. Obendrein sind die Verträge nur in englischer Sprache verfügbar. Wer kann schon englische Vertragstexte lesen und verstehen? Mit dem Pandemievertrag soll die WHO ermächtigt

werden, eine Pandemie auszurufen, wenn sie dies für nötig hält und sie allein soll künftig den Staaten Maßnahmen zu diktieren. Nationale Regierungen oder gar ein Parlament haben nichts mehr zu melden. Der Pandemievertrag muss zwar von den Mitgliedsländern mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden (siehe WHO-Verfassung Artikel 1 Abs. 60a), doch die Abstimmung im Bundestag und das mangelnde Wissen der Abgeordneten lässt wenig Raum für die Hoffnung, dass dieser Vertrag abgelehnt wird.

Auf der Webseite des Vereins Wissenschaftler und Mediziner für Gesundheit, Freiheit und **Demokratie e.V.** (https://www.mwgfd.org/was-will-die-who/) zeigt eine grafische Darstellung, wie die zwei Projekte, der Pandemievertrag (CA+) und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (engl. International Health Regulations) zusammenhängen

Die Änderungen der Gesundheitsvorschriften

Die Änderungsvorschläge zu den *Internationalen Gesundheitsvorschriften* WHO 2005, in welchem der Artikel 13A vorsieht, *Internationale gesundheitspolitische Reaktion unter Leitung*

der WHO — Punkt 1, im Falle einer gesundheitlichen Notsituation von internationaler Tragweite oder auch nur einer potenziellen Gefahr für eine solche, die nationalstaatliche Souveränität an den WHO-Generaldirektor abzutreten. Das sind keine Fake News und es ist auch nicht verschwörungstheoretisch, sondern es steht schwarz auf **weiß** (https://apps.who.int/gb/wgihr/pdf_files/wgihr1/WGIHR_Compilation-en.pdf) **im** (https://tkp.at/2022/12/22/zusammenfassung-die-geplanten-aenderungen-der-internationalen-gesundheitsvorschriften/) **Vertrag** (https://schildverlag.de/2023/05/19/who-pandemievertrag-neue-who-gesundheitsvorschriften-es-droht-eine-welt-gesundheitsdiktatur-die-die-menschenrechte-aushebelt-videos/).

> ***Bisher kann die WHO nur Empfehlungen, aber keine Sanktionen aussprechen, doch der Pandemievertrag sieht Sanktionsmöglichkeiten für Länder vor, die Krankheitsausbrüche nicht rechtzeitig melden und die Gesundheitsdiktatur verweigern, sie sollen künftig mit Wirtschaftssanktionen belegt werden*** *(https://www.tichyseinblick.de/interviews/who-macht-vertraege-2/)***.**

Details, wie diese Sanktionen aussehen sollen, sind noch nicht bekannt. In Hinterzimmern wird eine Politik ausgehandelt, die dann dem Volk präsentiert wird, ohne dass die Bürger in den Prozess einbezogen worden wären. Aus diesem geplanten System gibt es künftig kein Entrinnen, außer die Bürger wachen endlich aus ihrem Tiefschlaf auf und wehren sich gegen dieses Vorhaben. Es ist zu erwarten, dass andere Meinungen, unterdrückt oder als sogenannte Fake News diskreditiert werden, um nur noch eine Meinung zu verbreiten, wie wir es bereits in der Coronazeit erlebt haben, egal welche Talkshow in Radio oder Fernsehen oder in den Mainstream-Medien: in Form einer Dauerberieselung der immer gleichen (Falsch)Informationen fand eine massive Gehirnwäsche statt, die George Orwell nicht besser hätte beschreiben können.

Richtige Informationen wurden in den sogenannten sozialen Medien gelöscht, um Kritik schon im Keim zu ersticken und die Bürger in Angst und Unsicherheit zu halten, damit lässt sich ein Volk leichter regieren und manipulieren. Der Meta-CEO, Mark Zuckerberg, hat schwere Zensurvorwürfe gegen die Biden-Regierung erhoben, indem er sagte, dass der Staat während der Corona-Pandemie „Zensur“ ausgeübt habe. Laut seinen Aussagen haben Mitarbeiter Bidens Führungskräfte von Meta telefonisch unter Druck gesetzt, angeschrieen, beschimpft — und schließlich dazu aufgefordert, auf Facebook kritische Beiträge zur Covid-Impfung zu **entfernen** (https://www.heute.at/s/meta-ceo-gesteht-mussten-kritische-beitraege-loeschen-120082885).

One-Health-Ansatz

Bei dem Pandemievertrag geht es aber nicht nur um eine teuflische Gesundheitsdiktatur, es geht auch um die Kontrolle der Landwirtschaftsproduktion und der Lebensmittel. Es geht um die totale Kontrolle mithilfe von genmanipuliertem Saatgut und der Patentierung von Saatgut. Selbstverständlich wird dieses Vorhaben damit begründet, Infektionskrankheiten von Tieren zu vermeiden und Menschen zu schützen. Zur Umsetzung dieser Strategie ist der sogenannte One-Health-Ansatz geplant. Um den One-Health-Ansatz auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene umsetzen zu können, werden die G7-Staaten dazu aufgerufen, die Führungsverantwortung zu **übernehmen** (https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/G7-Statements/Science7_2022_One_Health_DE.pdf).

Mit dem **One-Health-Ansatz** (https://www.bmz.de/de/themen/one-health), das heißt der Annahme, dass die Gesundheit von Umwelt, Mensch und Tier eng zusammenhängen und optimiert werden müssen, sieht der

„Pandemieplan“ vor, die Menschheit ständig zu überwachen und zu kontrollieren, „natürlich nur“ zu deren Schutz und Prophylaxe, um rechtzeitig auf Pandemien reagieren zu können, als seien Pandemien das größte Problem der Menschheit. Obendrein ist der Begriff Pandemie künftig sehr weit gefasst, in Zukunft soll auch ein Notstand bei Umweltkatastrophen ausgerufen werden können.

> ***Die Bürger sollen in einem ständigen Pandemie- und Angstmodus leben, in welchem totalitäre Maßnahmen an der Tagesordnung sind.***

Würden die Verträge umgesetzt, käme dies einem Horrorszenario gleich, einem Albtraum, aus dem das Volk nicht mehr aufwacht. Die Gesellschaft wäre getrennt in diejenigen, die dafür sorgen, dass die Vorschriften eingehalten werden, und diejenigen, die unterdrückt und vom gesellschaftlichen Leben und einer Arbeitsmöglichkeit ausgeschlossen werden, das kommt dystopischen Filmen gleich, in denen es eine Unterwelt und eine Oberwelt gibt, ähnlich wie in dem Klassiker „Metropolis“ von Fritz Lang.

Rudolph Bauer führt in seinem „Kritisches Wörterbuch des Bunten Totalitarismus“ aus, was der One-Health-Ansatz ist:

„Top-down-Konzept der UN, das auf globaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene die Etablierung einer WHO-Weltdominanz einzurichten plant, unter dem Vorwand, die multisektorale transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Veterinär- und Humanmedizin zu fördern. Die WHO beschreit One Health als ein Programm der globalen Kooperation, um im Interesse der Puplic Health verbesserte Ergebnisses zu erzielen, insbesondere bei der Lebensmittelsicherheit, der Kontrolle von Zoonosen sowie um den Antibiotikaresistenzen erfolgreich begegnen zu können.

Mit One Health ist aber zugleich die dystopische Absicht verbunden, die Kontrolle aller Bereiche des Lebens als Beitrag zur Verbesserung

der Gesundheit zu beschönigen: Wirtschaft, Wasser, öffentliche Ordnung, Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz, Landwirtschaft, Welthandel, Handel, Umwelt und Gesundheit, Ökosysteme, Kommunikation (Öffentlichkeitsarbeit, Medien) und Klimawandel. Vorausgegangen waren verschiedene Initiativen (unter anderem der Zusammenschluss der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAQ, der Weltorganisation für Tiergesundheit, des Kinderhilfswerks UNICEF, der Influenza-Koordination der UN und der Weltbank) mit dem Ziel, ein erweitertes Rahmenwerk zu verabschieden. Dieses trug de Titel (Contribution to One World, One Health — A Strategic Framework for Reducing Risks of Infectious Diseases at the Animal-Human-Ecosystems Interface" (dt. Beitrag zu One World, One Health (eine Welt, eine Gesundheit) — ein strategischer Rahmen zur Verringerung der Risiken von Infektionskrankheiten an der Schnittstelle zwischen Tier, Mensch und Ökosystem).

Im Jahr 2016 haben die „One Health commission" die „One-Health-Platform" und das „One-Halth Initiative Team" den 3. November zum internationalen „One-HealthDay" erklärt. In Deutschland wurde das „One-Health"-Konzept als handlungsleitendes Prinzip erstmals im Oktober 2018 im Staatssekretärbeschluss zur Globalen Gesundheitspolitik erwähnt. Im Zuge der COVID-19-Maßnahmen wurde vom BMZ eine „One-Health"-Strategie beschlossen und ein entsprechendes Referat eingerichtet. Ein gemeinsamer „One-Health"-Aktionsplan wurde 2022 von der EU-Kommission verabschiedet. In einer Pressemitteilung erklärte die Kommission, sie habe „eine neue EU-Strategie für globale Gesundheit angenommen, um die globale Gesundheitssicherheit zu stärken und (um) in der sich wandelnden Welt eine bessere Gesundheit für alle zu erreichen. Mit der Strategie baut die EU ihre Führungsrolle aus und bekräftigt, dass sie es als ihre Verantwortung sieht, große globale Herausforderungen und Ungleichheiten im Gesundheitsbereich frontal anzugehen." — Wer das „One-Health"-Konzept kritisch hinterfragt, kann darin die Visionen der New World Orer wiedererkennen und — weiter zurückliegend —

die gegen die „Weltherrschaftspläne des Judentum“ (erstveröffentlicht 1925/26) gerichteten Omnipotenz-Phantasien der Hitler-schen Weltenrettung, durch die arische Rasse.“

> ***Hinzu kommt die totale Vollmacht für die UNO: Der „Zukunftspakt“ der Vereinten Nationen strebt dauerhafte Notfallbefugnisse für „komplexe globale Schocks“ an, um der globalen Organisation zu ermöglichen, bei einer neuen Pandemie eine gemeinsame Agenda für alle Nationen zu führen*** *(https://www.blaupause.tv/totale-vollmacht-fuer-die-uno-zukunftspakt-der-vereinten-nationen-strebt-dauerhafte-notfallbefugnisse-fuer-komplexe-globale-schocks-an/)**.***

In der Notfallplattform für die gemeinsame Agenda werden folgende Szenarien genannt, um auf verschiedene globale Schocks zu **antworten** (https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/our-common-agenda-policy-brief-emergency-platform-en.pdf). (Die deutsche Fassung ist leider nicht mehr verfügbar.)

• Größeres Klimaereignis oder Umwelteinflüsse, die zu erheblichen sozioökonomischen Störungen und/oder Umweltzerstörung führen,
• Zukünftige Pandemierisiken mit kaskadierenden Auswirkungen,
• Gefährdung durch biologische Wirkstoffe — absichtlich oder versehentlich,
• Unterbrechung des globalen Waren- und Personenverkehrs,
• Störfall im Cyberspace/Unterbrechungen der globalen digitalen Vernetzung,
• Ein Großereignis im Weltraum mit schwerwiegenden Störungen,
• Unvorhersehbares Risiko — „black swan event“ — unerwartete und unwahrscheinliche Ereignisse mit massiven Auswirkungen.

Das klingt wie in einem schlechten Science-Fiction-Film, aber die Lage ist ernst und es ist äußerst schwierig, Unterlagen zu finden, da bereits viele Unterlagen gelöscht worden sind. Schockereignisse

können sich, ebenso wie ihre Gegenmaßnahmen, nachteilig auf das gesamte Spektrum der Menschenrechte auswirken. Bei Lichte betrachtet, wirken sich vor allem politische Entscheidungen auf die Menschenrechte aus. Kriege fallen nicht vom Himmel, sie haben eine Vorgeschichte, und Rechtsverstöße und strukturelle Diskriminierung erfolgten vor allem in der Coronazeit durch politische Entscheidungsträger, das sind keine Selbstläufer. Da wurden Errungenschaften, wie die Grundrechte, einfach ausgesetzt, obwohl Grundrechte absolut unveräußerlich, dauerhaft und einklagbar sind. Das sind hehre Worte, die uns laut Grundgesetz zustehen. Doch Papier ist geduldig und es hat sich gezeigt, dass man viel schreiben kann, aber nicht alles befolgen muss, beispielsweise hat jemand in Dresden aus der sächsischen Verfassung vorgelesen, aus dem Grundgesetz vorgelesen, Beamte warfen ihn zu Boden, knieten auf ihm und fixierten ihn minutenlang am **Boden** (https://norberthaering.de/news/postplatz-dresden-wolff/). Das ist einer Demokratie nicht würdig.

Außerdem hat sich gezeigt, dass das Volk in eine Schockstarre fällt, wenn es in einem Angstmodus ist, wie das paralysierte Kaninchen vor der Schlange. Zudem hat das Volk nicht erkannt, was Propaganda ist. Vielen Bürgern war und ist die Bedeutung der Grundrechte nicht bewusst, sie meinen, dass Grundrechte in Krisen einfach ausgesetzt werden können. Hier besteht massiver demokratischer Nachhilfebedarf. Denn das ist nicht der Fall. Artikel 1 des Grundgesetzes „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Aufgrund der nationalsozialistischen Willkürherrschaft haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes hier ganz besonders darauf geachtet, dass eine solche Situation nicht mehr eintritt. Doch es war erschreckenderweise zu beobachten, wie schnell die Entwürdigung des Menschen beziehungsweise die Entmenschlichung begann. Dieses Mal unter anderen Vorzeichen. Hannah Arendt stellte einst fest, dass der Totalitarismus eine politische Ideologie ist, die sich

leicht in der Gesellschaft ausbreiten kann, ohne dass ein Großteil der Bevölkerung das zunächst bemerkt, bis es irgendwann zu spät ist.

> ***Diese geplante Weltherrschaft der Geld- und Machteliten geht einher mit einer kollektiven Entmündigung der Bürger, in Kombination des Abbaus von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, unter dem Vorwand eines falschen, vorgegaukelten Gesundheitsschutzes.***

Sämtliche demokratische Errungenschaften kommen mit den WHO-Verträgen unter den Hammer. Die WHO geht mit der Abrissbirne durch ihre Mitgliedsstaaten und fegt alles weg, was einer neuen Weltordnung im Wege **steht** (https://www.epochtimes.de/epoch-tv/aktuelles/vor-ort/ex-lka-chef-who-will-mit-pandemievertrag-eine-neue-weltordnung-erreichen-a4471476.html). Die WHO, als supranationale Institution, greift mit diesem Vertragswerk komplett durch auf sämtliche demokratische Strukturen, denn diese stehen einer Diktatur im Weg, deshalb muss auch das Subsidiaritätsprinzip ausgehebelt werden, denn ohne Subsidiarität ist eine Demokratie nicht möglich.

Die WHO unterliegt zudem keiner parlamentarischen Kontrolle, das heißt kein Parlament und keine Regierung können und sollen künftig das sogenannte Pandemiemanagement der Gesundheitsbehörde kontrollieren, der Pandemievertrag hingegen dient der totalen Bürgerkontrolle. Der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V., hat dazu einen Fragenkatalog für die Bundestagsabgeordneten **zusammengestellt** (https://www.mwgfd.org/2023/07/pressemitteilung-2/).

Die Internationalen

Gesundheitsvorschriften

Die sogenannten internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR — **International Health Regulations** (https://anthroblog.anthroweb.info/2021/die-fuenf-schritte-zur-entmenschlichung/)) sind vollkommen intransparent für die Öffentlichkeit und in den Medien überhaupt nicht kommuniziert oder gar diskutiert worden. Es heißt lediglich, dass Kritik an den Verträgen verschwörungstheortisch sei. In dem Zustand unserer sogenannte vierten Macht im Staate ist eine öffentliche, unparteiische, nicht lobbygesteuerte Diskussion nur schwer möglich, weil es überhaupt keine Debattenkultur mehr gibt. Es gibt seit Corona nur noch eine Meinung und das ist die Meinung des Staates beziehungsweise der sogenannten Volksvertreter. In dem zutiefst undemokratischen WHO-Gebilde oder besser gesagt, WHO-Labyrinth, kommen die Bürger der Mitgliedsstaaten erst gar nicht vor, das ist praktisch, denn so können Entscheidungen ohne Einbezug der Bürger getroffen werden. Auf den Versammlungen treffen die Delegierten, sowie Partnerorganisationen und sogenannte Experten, Entscheidungen über aktuelle und künftige Fragen der öffentlichen Gesundheit, die von globaler Bedeutung sind.

Die Auslegung des Verfahrens soll angeblich der Erleichterung der Kommunikation dienen, dabei geht dieses Verfahren komplett am Volk vorbei, es wird weder informiert noch eingebunden. Die Unterlagen, sind allenfalls in englischer Sprache verfügbar und in einer Vertragssprache verfasst, die dem Normalbürger nicht zugänglich ist. Die WHO sieht ihre Aufgabe darin, die Gesundheit in der Welt zu fördern und hat sich dem Wohlergehen aller Menschen verschrieben und nun wird sie missbraucht, um in allen Mitgliedsländern eine Gesundheitsdiktatur zu errichten. Dieses Ziel wird mit der Argumentation vorangetrieben, bis zum Jahr 2025 eine Milliarde Menschen mehr von der Gesundheitsversorgung

profitieren zu **lassen** (https://www.who.int/about/governance/world-health-assembly/seventy-sixth-world-health-assembly)

Wichtige Handlungsfelder **sind dabei** (https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/internationale-gesundheitspolitik/global/who.html)

• die weltweite Koordination von nationalen und internationalen Aktivitäten beim Kampf gegen übertragbare Krankheiten wie HIV, Aids, Tuberkulose, Hepatitis und Grippe,
• das Initiieren globaler Impfprogramme und Programme gegen gesundheitliche Risikofaktoren wie Rauchen oder Übergewicht,
• die regelmäßige Erhebung und Analyse weltweiter Gesundheits- und Krankheitsdaten und
• die Unterstützung beim Aufbau von möglichst wirksamen und kostengünstigen Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern.

Der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V., hat dazu ein Faktenblatt **veröffentlicht** (https://www.mwgfd.org/who-informationen/) und Videoempfehlungen über zu viel Macht für die **Weltgesundheitsorganisation** (https://www.mwgfd.org/who-informationen/). Zudem weist der Verein darauf hin, dass der Generalsekretär der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, schwerste Menschenrechtsverletzungen und abscheulichste Gewaltverbrechen zu verantworten hat, als er Gesundheitsminister Äthiopiens und Mitglied der als Terrororganisation eingestuften TPLF war. Selbst der *Fokus* berichtete, dass Tedros Adhanom Ghebreyesus eines Völkermordes in Äthiopien beschuldigt wurde.

Neben dem Äthiopischen Premierminister Abiy Ahmed bestätigen auch Auszüge offizieller Jahresberichte der Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch (HRW) von 2005 bis 2016 diese unvorstellbaren

Gräueltaten der äthiopischen Regierung unter Tedros Adhanom Ghebreyesus. Dass er sich trotz seiner äußerst fragwürdigen Vergangenheit zur Führungsinstanz von über 190 Mitgliedstaaten aufschwingen können soll, liegt zum einem daran, dass er „*kein Unrechtsbewusstsein zu haben scheint*“, und zum anderen daran, dass er gemäß dem Motto „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ ein Liebling ebenfalls fragwürdiger mächtiger Globalstrategen ist.

Mit Blick auf seine Vergangenheit lässt der mit Belegen ausgestattete Artikel jedenfalls deutlich werden, warum „*er genau der richtige Mann ist, wenn es darum geht, experimentelle Pharmaprodukte im ganz großen Stil unter die Menschheit zu bringen*“. Die Akte Tedros Adhanom Ghebreyesus ist hier **abzurufen** (https://www.mwgfd.org/2023/11/die-akte-tedros/). Diesen investigativ recherchierten Artikel gilt es, in Umlauf zu bringen, um die Übernahme der globalen Gesundheitsmacht durch die korrupte WHO zu verhindern.

Der WHO kann mit den Änderungen der Gesundheitsvorschriften in eigener *Machtvollkommenheit*, was für ein Wort in sogenannten Demokratien?, die gesundheitliche Notlage ausrufen. Beim Lesen der Internationalen Gesundheitsvorschriften müssten beim Bürger sämtliche Alarmglocken läuten, beispielsweise bekommt die WHO Druckmittel an die Hand. Doch was sind das für Druckmittel? Ist etwa das Militär im Innern? Obwohl die WHO keine demokratisch gewählte Organisation ist, kann sie mit den geplanten Verträgen künftig unsere Menschenrechte aussetzen, Reisebeschränkungen, Zwangsquarantäne, Zwangsimpfungen, Zwangsmedikation, Zwangsimpfnachweis verhängen. Der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V. hat Verfassungsbeschwerde gegen die Zustimmung zu den Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) und zu dem internationalen Pandemievertrag (CA+) eingereicht, welche abgewiesen **wurde** (https://www.mwgfd.org/2023/07/who-verfassungsbeschwerde-nicht-angenommen/).

Unter dem Vorwand, die Gesundheitssicherheit weltweit gewährleisten zu wollen, sollen der WHO mit dem Internationalen Pandemievertrag (CA+) erweiterte Befugnisse erteilt werden, damit die WHO als nicht demokratisch legitimierte Institution, im Falle einer erneuten Pandemie, ohne parlamentarische Kontrolle, Nationalstaaten gültige Anweisungen erteilen kann. Die WHO mit ihren globalen Strukturen wurde von Big Money, Big High Tech und Big Pharma gekapert, das war ein genialer Schachzug, da die WHO in der Bevölkerung positiv besetzt sind. Der emeritierte Professor für Wohlfahrtspolitik und Soziale Dienstleistungen an der Universität Bremen, Rudolph Bauer, hat dazu eine äußerst lesenswerte Broschüre geschrieben, die das Treiben auf den Punkt **bringt** (https://milenarampoldi.de/wp-content/uploads/2021/11/KrisenPandemieUmbruch_fur-Promedia_rudolph-bauer_IT.pdf)

Rudolph Bauer, weist im Schlusswort seiner Broschüre mit dem Titel: „Der maskierte Totalitarismus—Biopolitik, Big Pharma, High Tech und Big Money“ darauf hin:

…..*„politisch sind auch basis- und rätedemokratische Strukturen denkbar, weltweit, in Selbstverwaltung, ohne bürokratische Herrschaftsstrukturen, ohne die Unterdrückung von Andersdenkenden, ohne Militär, Gewalt und imperialistische Kriege. Kooperative Gesellschaften in Freiheit und humanistischer Verbundenheit auf der Grundlage von Völkerfreundschaft und kultureller Gegenseitigkeit sind nicht nur vorstellbar, sondern Wunsch und Bedürfnis vieler Menschen auf dem Planeten. Die Schaffung einer nicht-kapitalistischen Wirtschaft zum Wohle der menschlichen Gattung, ohne menschen- und naturverachtende Ausbeutung durch Profitgier ist — auch aus ökologischen Gründen — an der Tagesordnung. Die Utopie wird freilich nicht ohne Widersprüche Wirklichkeit, und auch nur, wenn sie gewollt ist. Ohne ein schmerzhaftes Bewusstwerden und Erwachen befreien die Angehörigen der menschlichen Gattung sich nicht aus erzwungener*

Unmündigkeit, neokolonialer Zweitrangigkeit und konsumversüßter Sklaverei.“

Franz Meier: hat Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen, zudem Politikwissenschaft und Philosophie, aber ohne Abschluss und hat sich in einer basisdemokratischen Bewegung (Er-)Kenntnisse über politische Hintergründe, Geschichte, soziale Zusammenhänge und soziologische Hintergründe autodidaktisch erarbeitet.